

Dringlichkeitsantrag

der Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb und KO Dominik Oberhofer betreffend:

Beendigung der Binnengrenzkontrollen innerhalb der EU und insbesondere jene an den Tiroler Grenzen

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert an den neuen Bundesminister für Inneres heranzutreten, einerseits die Binnengrenzkontrollen zu Ungarn und Slowenien mit sofortiger Wirkung zu beenden und andererseits sich bei der deutschen Bundesregierung für eine sofortige Beendigung der durchgeführten Grenzkontrollen zu Tirol einzusetzen.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, die Europäische Kommission zu ersuchen, bestehende Binnengrenzkontrollen innerhalb der EU zu untersagen und keinesfalls einer Verlängerung solcher zuzustimmen.“

Zuweisungsvorschlag: Im Falle der Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge dieser Antrag gem. §27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Wohnen und Verkehr** zugewiesen werden.

Begründung

Der Schengener Grenzkodex sieht vor, dass Mitgliedsstaaten an den Binnengrenzen „nur vorübergehende“ Grenzkontrollen einführen dürfen - maximal für zwei Jahre mit einmaliger Verlängerung um sechs Monate. Der Kodex legt insbesondere fest, dass die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen im Schengen-Raum nur im Ausnahmefall geboten sein kann, wenn die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit ernsthaft bedroht sind.

Es gibt derzeit keine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit in der Europäischen Union, sind doch die Flüchtlings- und Migrationszahlen deutlich rückläufig. Aus dem am 24. Juni 2019 veröffentlichten **Jahresbericht des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO)** für das Jahr 2018 geht hervor, dass die Ansuchen für Asylanträge nach dem Höhepunkt 2015 zum dritten Mal in Folge deutliche zurückgegangen ist. Das Minus gegenüber 2017 betrug 10 Prozent, die Zahl der Asylanträge hat sich wieder auf das Niveau von 2014, also wie vor der großen Flüchtlingsbewegung, eingependelt. In Österreich wurden gegenüber 2017 um 46 Prozent, in Deutschland um 17 Prozent weniger Anträge gestellt. Nach Einschätzung des EASO für das laufende Jahr 2019 gibt es gegenwärtig keinen Hinweis darauf, dass die jüngste moderate Zunahme der Antragszahlen eine wesentliche Veränderung des Gesamttrends darstellt.

Daher fordern wir den neuen Bundesminister für Inneres auf, die Entscheidung des ehemaligen Innenministers Herbert Kickl (FPÖ), Binnengrenzkontrollen zu Ungarn und Slowenien auch nach dem 12. Mai 2019 fortzusetzen, aufzuheben und mit sofortiger Wirkung zu beenden.

Gleiches gilt auch für weitere Mitgliedsstaaten, wie zum Beispiel Deutschland, die nach wie vor Binnengrenzkontrollen durchführen. Die geringen Schlepperaufgriffe und unerlaubten Einreisen an den deutschen und österreichischen Grenzen

zeigen ein eindeutiges Bild. Die erste Einsatzbilanz vom Jänner 2019 über die im letzten Jahr eingerichtete bayerische Grenzpolizei rechtfertigt diese Kontrollmaßnahmen nicht. Die Argumentation einer „angespannten Lage am Westbalkan und auch in Griechenland“ (siehe Anfragebeantwortung Herbert Kickl vom 13.5.2019) sei nicht mit einer ernsthaften Bedrohung, gleichzusetzen. Zudem sind Vorarbeiten für einen effektiven Aussengrenzschutz, laut Herbert Kickl bereits auf Schiene gebracht worden.

In allen Fällen der Einführung aber auch Verlängerung von Binnengrenzkontrollen, muss die Europäische Union diesen Maßnahmen zustimmen. 2018 hatte die EU Kommission unter EU Innenkommissar Dimitris Avramopoulos Deutschland aufgefordert, die Grenzkontrollen an ihren Binnengrenzen aufzuheben. Die österreichische Bundesregierung möge daher die Europäische Kommission ersuchen, bestehende Binnengrenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union zu untersagen und keinesfalls einer Verlängerung solcher, zuzustimmen.

Die Reisefreiheit im Schengenraum ist eine der Grundfreiheiten im Rahmen des freien Personenverkehrs der EU. Die aufgrund der Grenzkontrollen täglich erzeugten künstlichen Staus führen darüber hinaus zu einem erhöhten Unfallrisiko. Zudem leiden Umwelt, Wirtschaft und die Bevölkerung unter den Grenzkontrollen. Laut einer Studie der WKO würden 3-stündige Verzögerungen für den Warentransport bei der Ein- und Ausreise am Grenzübergang Kufstein Mehrkosten von täglich 1,3 Mio. Euro verursachen. Hinsichtlich Tourismus wurden in Westösterreich bereits zwischen 10-30% weniger Tagestouristen erhoben. Neben einer negativen Auswirkung auf Berufspendler_innen von oder ins benachbarte Deutschland, verursachen die Grenzkontrollen Ausweichverkehr auf das nieder-rangige Straßennetz und damit verbundene Verkehrsprobleme im Großraum Kufstein.¹

¹ Vgl. https://news.wko.at/news/oesterreich/FS_Wirtschaftlicher-Schaden-durch-Wiedereinfuehrung-von-Gren.pdf abgefragt, am 26.06.2019

Die **Dringlichkeit** dieses Antrags begründet sich im aktuell veröffentlichten Jahresbericht des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) und dem Umstand, dass in Österreich mit 03.06.2019 ein neuer Bundesminister für Inneres im Amt ist, der sofortige Verhandlungen durch die Bundesregierung aufnehmen soll um bestehende Binnengrenzkontrollen einzustellen und allfälligen Verlängerungen vorzubeugen.



Innsbruck, am 27. Juni 2019